

Signatur: 2025.SR.0145
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Lena Allenspach (SP), Monique Iseli (SP)
Mitunterzeichnende: Ingrid Kissling-Näf, Timur Akçasayar, Dominik Fitze, Laura Brechbühler, Lukas Schnyder, Lukas Wegmüller, Dominique Hodel, Chandru Somasundaram, Nadine Aebischer, Johannes Wartenweiler, Barbara Keller, Valentina Achermann, Helin Genis, Emanuel Amrein, Dominic Nellen, Szabolcs Mihályi
Einreichdatum: 08. Mai 2025

Interpellation SP/JUSO-Fraktion: Verdrängung durch Leerkündigungen: Wohnst du noch oder musst du schon raus?

Fragen:

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hatte der Gemeinderat Kenntnisse von den Leerkündigungen an der Militärstrasse 6, Breitfeldstrasse 54 und der Parkstrasse 15?
2. Hat der Gemeinderat Kenntnisse von weiteren Leerkündigungen auf dem Stadtgebiet?
3. Wie sehen die Massnahmen des Gemeinderats aus, um Leerkündigungen bei städtischen Liegenschaften zu verhindern?
4. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, um Leerkündigungen bei nicht städtischen Liegenschaften zu verhindern?
5. Wie steht der Gemeinderat zu einer Meldepflicht für Hauseigentümer:innen, die eine Leerkündigung aussprechen wollen?
6. Welche Angebote und Massnahmen sieht der Gemeinderat, um Mieter:innen dabei zu unterstützen, eine neue Wohnung zu finden, wenn sie von einer Leerkündigung betroffen sind?

Begründung:

Bei einer sogenannten Leerkündigung erhalten alle Mieter:innen in Häusern oder ganzen Siedlungen die Kündigung. Die Häuser werden totalsaniert oder abgerissen und neu gebaut und dann meist zu marktüblichen, also deutlich höheren Preisen, neu vermietet. Erst kürzlich hat eine Forschungsgruppe an der ETH untersucht, welche Menschen nach Leerkündigungen in den fünf grössten Agglomerationen und Städten der Schweiz verdrängt werden – wobei der gesamte Bericht erst im Juni vorliegt. Doch was bereits kommuniziert wurde: In die neuen Wohnungen ziehen laut der Untersuchung Menschen, die rund doppelt so viel verdienen als ihre Vormieter:innen. Auch in Bern sind Leerkündigungen aufgrund von Sanierungen leider keine Seltenheit. Zugetragen wurden den Interpellantinnen kürzlich drei Leerkündigungen an der Militärstrasse 6, Breitfeldstrasse 54 und der Parkstrasse 15. Aber auch bei grösseren, sanierungsbedürftigen Siedlungen aus den 70er Jahren ist die Gefahr von Verdrängung und Mietpreiserhöhungen akut. Bei solchen Leerkündigungen werden Mieter:innen nicht nur aus ihrem Zuhause, sondern teilweise auch ganz auch aus ihrem Quartier verdrängt, weil es zunehmend schwierig ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Mieter:innen können sich zwar wehren, indem sie den Fall von einer Schlichtungsbehörde prüfen lassen. Doch selbst wenn dann die Kündigungsfrist verlängert werden kann, stellt die Wohnungssuche ein grosser Stressfaktor dar, besonders bei der Wohnungsknappheit wie sie in der Stadt Bern herrscht. Der Gemeinderat sollte neben der Vermeidung von Leerkündigungen bei städtischen Liegenschaften sowie einer aktiven Boden- und Wohnpolitik auch Private in die Pflicht

nehmen. Andernfalls drohen die Mieten weiter erhöht zu werden, sodass es immer mehr Menschen nicht mehr möglich ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das Problem könnte aus Sicht der Interpellantinnen zielgerichteter adressiert werden, wenn in der Stadt Leerkündigungen erfasst würden. Eine Meldepflicht könnte dazu hilfreich sein – deshalb wird der Gemeinderat auch gebeten, dazu Stellung zu nehmen.